

Joachim Güntner

Rechtschreibreform und Nationalsozialismus¹

Eine glänzende Studie trotz gewisser Demagogie

Das Provokanteste an diesem Buch ist sein Titel: «Rechtschreibreform und Nationalsozialismus» rückt zwei Dinge zusammen, als herrsche zwischen ihnen Strukturanalogie. Die jüngste Orthographiereform wird dadurch einbezogen und gerät unter Nazismusverdacht. Hanno Birken-Bertsch und Reinhard Markner, die Autoren, annoncieren zwar «ein Kapitel aus der politischen Geschichte der deutschen Sprache». Aber rasch wird klar, dass es ihnen nicht nur um Historisches, sondern um eine fortdauernde Gegenwart des Vergangenen geht.

Ähnlich provozierend hatte Christian Meier, der Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, im Streit um die 1996 beschlossene Rechtschreibreform eine Parallele zu den Reformvorschlägen «des Reichsministers Rust von 1944» gezogen. Das Gemeinsame sah Meier darin, wie sich der Staat in beiden Fällen zum Sprachregenten aufschwingt, neue, vom Schreibusus nicht gedeckte Rechtschreibregeln erarbeiten lässt und autoritär durchsetzen will. Die Reformgegner Birken-Bertsch und Markner erweitern diese Analogie. Auch sie fühlen sich durch die Verordnung neuer Schreibweisen vor allem als Bürger entmündigt, und so bildet die staatliche Sprachpolitik einen Fokus ihrer Untersuchung. Darüber hinaus aber wollen sie den linguistischen Ungeist der Reform belegen: durch den Nachweis inhaltlicher Kontinuität. Noch im Detail ähneln die Reformvorstellungen, die zu Beginn der Nazizeit vom Innenministerium und später vom Erziehungsminister Bernhard Rust verfolgt wurden, den neuen Orthographieregeln unserer Tage - so etwa die Vermehrung der Gross- und Getrenntschreibung, der Wegfall des Kommas vor erweiterten Infinitiven und gleichgeordneten Hauptsätzen, die Worttrennung nach Sprechsilben oder die Tendenz, «ph» durch «f» zu ersetzen und bei «th» sowie «rh» das «h» entfallen zu lassen.

Reform nicht kriegswichtig

Zweimal - 1941 und 1944 - hatten Reformlinguisten unter Bernhard Rust Vorschläge zur Neuregelung der Orthographie vorgelegt, und beide Male war der Minister damit bei der politischen Führung auf taube Ohren gestossen. Hitler und Goebbels disqualifizierten eine Reform als «nicht kriegswichtig». Imperialistische Argumente, wonach eine vereinfachte Schreibung die «Weltgeltung» der deutschen Sprache fördere, verfielen so wenig wie der Hinweis, die Vereinfachung verkürze die schulische Ausbildung. (Dass das Druckgewerbe zugunsten der Rüstungsindustrie durch eine Einführung der Kleinschreibung tonnenweise Blei sparen könne, hatte ein Mitarbeiter von Göring schon 1937 errechnet.)

Auch die institutionelle Basis der Reformen war schwach. Rusts Erziehungsministerium operierte ohne Rückhalt beim Innenministerium, dem der Sache nach federführenden Organ der Regierung. Die Deutsche Akademie in München, ebenfalls eine reformtreibende Kraft, war zwar Goebbels zugeordnet, was aber das Vorhaben nicht stärkte. Als 1944 eine gegenüber 1941 abgemilderte Version für eine Neuregelung der amtlichen Rechtschreibung publik wurde, ernteten die Vorschläge zur Eindeutschung von Fremdwörtern («Ragù, Tese, Träner») den Spott der Zeitungsschreiber, und das Unternehmen als solches stiess auf allgemeines Kopfschütteln in der Bevölkerung. Ein Verwirrspiel begann, in dessen Verlauf sich niemand mehr bereit fand, politische Verantwortung für den Vorstoss zu übernehmen. Die Verbreitung des neuen, in einer Million Exemplaren gedruckten «Regel- und Wörterverzeichnis» wurde gestoppt; die überwiegend noch nicht ausgelieferte Auflage endete als Makulatur. Ein «Führerbefehl» bekräftigte das Aus: Darin hatte Hitler die «Zurückstellung der gesamten Rechtschreibarbeiten bis Kriegsende» angeordnet.

Man könnte meinen, dieses Scheitern einer Neuregelung der Orthographie spräche dagegen, eine Verbindung zwischen Reformdenken und Nationalsozialismus herzustellen. Aber Hanno Birken-Bertsch und Reinhard Markner bleiben dabei, die Reformvorhaben von 1941 und 1944 mit dem Reformbeschluss von 1996 auf eine Linie zu rücken. «Zentrale Elemente des linguistischen Diskurses der dreissiger und vierziger Jahre haben ihre Wirksamkeit für das Rechtschreibreformdenken

durchgängig behalten», schreiben sie, ein Fazit ziehend, im Schlusskapitel ihres Buches. Vor allem das fortwährende Ideal einer lautgerechten, am Sprechen orientierten Schreibung gilt ihnen als nationalsozialistisch.

Nun ist «Vereinfachung» die ewige Parole aller Orthographiereformer, und es verwundert kaum, dass sie auch die Regeln zur Laut-Buchstaben-Beziehung beherrschen soll. Wer einen Satz liest, dem soll sich auf Anhieb erschliessen, wie er korrekt ausgesprochen wird, und umgekehrt soll die Lautfolge die Schrift determinieren - das ist naiv gedacht, aber was daran soll nazistisch sein? Die Autoren verweisen auf den sprachpolitischen Kontext: Im «Dritten Reich» lieferten die Reden Hitlers das Vorbild guten Sprechens. Die Führerrede war das Exempel der, wie man damals formulierte, «volkstumsgebundenen Hochsprache», und dazu trat in der sprachpolitischen Konzeption das Volk, das am Radio - dem «Volksempfänger» - den Ansprachen Hitlers lauscht und so zur nationalen Hörgemeinschaft zusammengeschweisst wird.

Fügt sich diese Feier des Mündlichen, welche die Schrift nur als etwas Zweitrangiges gelten lässt, nicht ausgezeichnet zum Antisemitismus? Das Judentum ist eine Buch- und Schriftreligion, Hitler hingegen liess die Schrift nur «als mechanische Fixierung der Ausdruckslaute» gelten. So weit passt alles zusammen. Und doch ist es entweder Demagogie oder Unkenntnis der Historie, die Unterordnung der Schrift unter phonetische Prinzipien als nationalsozialistisch zu brandmarken - zumal wenn dies mit der Suggestion einhergeht, dass jeder, der dem phonetischen Primat huldige, braunes Gedankengut pflüge. In einem 1990 erschienenen Aufsatz über die Schwierigkeiten einer Orthographiereform vermerkt der Linguist Peter Eisenberg: «Im 17. und noch verstärkt im 18. Jahrhundert forderten Grammatiker, Literaten und Sprachpfleger immer wieder laut die Befolgung des Grundsatzes: (Schreibe, wie du sprichst.) Die grössten Schriftgelehrten des 19. Jahrhunderts folgten ihnen darin, Jacob Grimm, Rudolf von Raumer und schliesslich Konrad Duden sprachen sich dafür aus, das Deutsche stärker phonetisch zu schreiben.»

Keine braunen Quellen

Heute weiss man, dass die Orthographie zwar lautbezogen ist, sie jedoch «auch systematische Bezüge auf grössere sprachliche Einheiten, namentlich die Silbe, die Wortform und die syntaktische Phrase» (Eisenberg) hat. Grammatische Zusammengehörigkeit von Wortformen macht die Schrift vielfach visuell kenntlich, abweichend von der Lautung, durch ähnliche Silben- und Wortbilder. Dass die Reformer von 1996 immer noch dem phonetischen Prinzip anhängen, zeigt nur, dass sie wissenschaftlich nicht auf der Höhe sind. Doch ihre Tradition ist ehrwürdig, und es wäre Unsinn, den Theoriestrom, der 1996 die Reformmühle zum Klappern brachte, auf braune Quellen zurückzuführen. Die nazistischen Reformer haben alte Ideen adaptiert, teilweise auch zugespitzt - darauf beschränkt sich ihr Wirken.

Birken-Bertsch und Markner hätten diesen Zusammenhang formulieren müssen; dass sie ihn nicht sahen oder nicht sehen wollten, dürfte daran liegen, dass ihr Buch beides sein will: wissenschaftliche Darstellung und Waffe im aktuellen Reformstreit. Gleichwohl ist «Rechtschreibreform und Nationalsozialismus» eine vorzügliche Studie, detailreich, akribisch recherchiert und gut geschrieben. Wer den Disput um die Rechtschreibreform verfolgt, sollte sich die Lektüre nicht entgehen lassen.

1 Birken-Bertsch, Hanno und Reinhard Markner: Recht-schreibreform und Nationalsozialismus. Ein Kapitel aus der Geschichte der deutschen Sprache. Göttingen: Wallstein 2000 (Eine Veröffentlichung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.) 134 S., Fr. 28.10.

Der Beitrag von Joachim Güntner ist zuerst erschienen in: NZZ, vom 7. Juni 2001, S. 68.

Joachim Güntner, NZZ-Kultur Deutschland, Benther Str. 11, D-30989 Gehrden, e-mail: NZZ.Guentner@t-online.de